



PILLE DANACH

Die Debatte um das Notfall-Verhütungsmittel ist wieder entflammt. Gibt es die Pille danach demnächst rezeptfrei?
► Seite 3



BLEIBERECHT

Marvin ist in Mülheim geboren, und trotzdem soll er nach Serbien ausgewiesen werden. Ein Lehrstück deutscher Flüchtlingspolitik.
► Seite 4/5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

AFFE erwacht aus dem Winterschlaf

Nach der spektakulären Räumung des besetzten Schulgebäudes in der Bärendelle im vergangenen August (akduell berichtete) blieb es lange still um die einstigen Besetzer*innen, die die leerstehende Essener Immobilie als Kulturzentrum nutzen wollten. Das Plenum Bärendelle löste sich unmittelbar nach der Räumung auf, eine Bürgerinitiative gründete sich, die nun auf offiziellem Wege für die Nutzung des Gebäudes eintritt. In der vergangenen Woche startete nun die Kampagne AFFE (Aktion für Freiräume in Essen), die den weiterhin bestehenden Bedarf nach einem selbstverwalteten Zentrum stärker in die Öffentlichkeit bringen will. In einem vor kurzem veröffentlichten Manifest fordern sie ein „Affenhaus“.

Im Dezember schien es erst, als seien alle Strafanzeigen, die nach der Räumung des Gebäudes erfolgten, von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden (akduell berichtete). Noch ist der Rechtsstreit aber nicht für alle vorbei: „Von einer Besetzerin wissen wir, dass ihr ein Vergleichsangebot über 200 Euro vorliegt“, sagt der Künstler J X Ende, der gemeinsam mit Reinhard und Clara die Kampagne vorstellt. Insgesamt 22 Verfahren würden noch laufen und könnten Kosten verursachen. Clara fügt hinzu: „Während der Bestetzung wurde das Auto einer Unterstützer*in vor dem Haus aufgebrochen. Die Person soll natürlich auch nicht alleine auf den Kosten sitzen bleiben.“

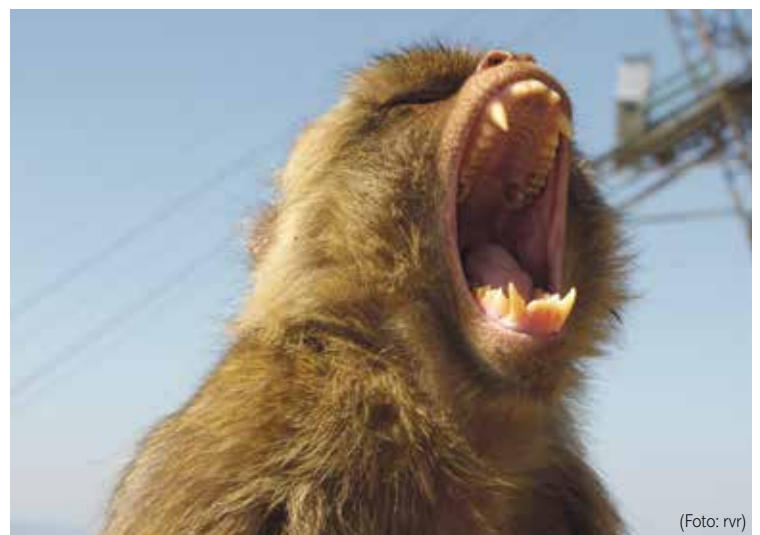
Festival X sammelt für Prozesskosten

Unterstützung bekommen sie dabei am kommenden Wochenende vom Netzwerk X, das am Samstag im Oberhausener Druckluft ein Festival veranstaltet. Das Netzwerk ist ein ruhrgebietsweiter Zusammenschluss von Gruppen, die laut Selbstverständnis „auf der Schnittstelle von Kunst und sozialem Raum“ arbeiten. Dahinter verbergen sich unter anderem DU it yourself aus Duisburg und das UZ Dortmund, aber auch die Bochumer Kunsthallen in der Rottstr. 5 sowie Event- und Partyveranstalter wie Feel Vergnügen und die Beatplantation. Die Idee mit dem

Netzwerk ein Festival X zu organisieren habe schon länger die Runde gemacht. „Dass sich mehr als 60 Künstler_innen bereit erklärt haben dieses Festival zu unterstützen, zeigt wie groß die Solidarität ist und wie gut wir im Ruhrgebiet vernetzt sind“, sagt J X Ende. „So küssen wir zwei Fliegen mit einer Zunge.“

Auch mit der Bürger*innen-Initiative Bärendelle (BiB) arbeitet die Kampagne zusammen. Im März wird es eine gemeinsame Demonstration mit dem Titel „Reclaim the City – mehr Raum für die Jugend, mehr Platz für uns!“ geben. Reinhard freut sich, dass der Kampf für eine lebendige Stadt so auf allen Ebenen und mit allen Mitteln von möglichst vielen unterschiedlichen Menschen getragen wird.“ Clara ergänzt: „Alles, was in der Bärendelle entstehen könnte, ist besser als ein verrottendes Denkmal für die Unfähigkeit der Stadtpolitik. Ob das soziokulturelle Zentrum, für welches die BiB arbeitet, das Affenhaus sein kann, welches wir uns vorstellen, wird sich dann zeigen. Wir machen unser Ding und die ihres, und dann schauen wir, wo wir übereinkommen.“

Auf das Gebäude in der Bärendelle ist die Kampagne AFFE im Gegensatz zur Bürgerinitiative nämlich nicht fixiert. „Wir werden uns ansonsten auch ein anderes Gebäude nehmen“, sagt Clara.



(Foto: rvr)

Von den Kommunalwahlen im Mai verspricht sich die Kampagne AFFE keine Verbesserung der Situation. „Durch die gescheiterten Messeumbaupläne sind ja jetzt 123 Millionen freigeworden“, scherzt Reinhard. „Damit könnte man für die nächsten 10 Jahre circa 300 ordentlich bezahlte Vollzeit Arbeitsplätze im Jugend- oder Kulturbereich schaffen. Oder 25 Bärendellen sanieren.“ Auf solche Investitionen seitens der Stadt will hier aber niemand hoffen.

Gegenüber vergleichbaren Projekten aus der autonomen Szene, wie der Roten Flora in Hamburg oder dem AZ Köln zeigt man sich kritisch, doch solidarisch: „Das sind für uns Orte, die zumindest Lücken in den traurigen gesellschaftlichen Normalzustand reißen, in denen sich dann andere Vorstellungen von Gesellschaft und Politik entwickeln und erproben können“, sagt Reinhard. „Es gibt aber keinen perfekten Freiraum an dem wir uns grade orientieren könnten, zu allen solchen Projekten in unserem Umfeld gibt es eine gewisse Kritik, die wir bei

unserem Projekt beachten wollen“, stellt Clara fest.

Die Offenheit gegenüber Neueinsteiger*innen ist den Aktiven wichtig, denn mit der Kampagne sollen vor allem Menschen angesprochen werden, „die nicht mit allen ideologischen Wassern gewaschen sind und verletzbar bleiben wollen“, wie es im Manifest der Gruppe heißt. Clara erklärt den Gedanken dahinter: „Wir wollen diesen Raum nicht schaffen, um dort immer die gleichen Menschen zu bespaßen. Es fehlen Orte, an denen linke Politik und eine kollektive Kultur gelebt werden können, die aber trotzdem attraktiv und offen für normale Jugendliche sind.“

Bei aller Streitlust will man aber pragmatisch bleiben und das Projekt gegebenenfalls stoppen. „Wir haben oft die Erfahrung gemacht, dass tolle Projekte irgendwann in sich selbst festfahren“, sagt Clara. J X Ende ergänzt: „Wenn wir uns in Rechthaberei ergehen, statt aktiv für die Verwirklichung einer emanzipierten Geselligkeit einzutreten ist Schluss. Dann fangen wir wieder von vorne an.“ [aGro]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT****Ich bin ein Baron,
holt mich hier raus!**

Die Deutschen scheinen derzeit kein dringlicheres Problem zu haben, als das Fernsehprogramm. Gegen einen mäßig begabten Fernsehmoderator, wurde jetzt sogar eine Petition gestartet. Zu populistisch habe er die Bundestagsabgeordnete Wagenknecht nach ihrem Einkommen gefragt, wohl wissend, das dieses höchstens ein Zehntel des eigenen Salärs ausmacht. Wir denken hingegen, dass Lanz hier seinem Auftrag gerecht wird, dem Bürgertum eine Stimme zu geben. Dies mag eine blöde vor sich hinquatschende Stimme sein, doch jedes Volk bekommt den Fürsprecher, den es verdient.

Hier ist beileibe Differenzierung von Nöten, denn während sich das Kleinbürgertum in einem Markus Lanz wiederzuerkennen vermag, sind Stände, die in der sozialen Hierarchie tiefer stehen, meist wenig beeindruckt von den allabendlichen Diskussionsrunden zu politischen Themen. Vielmehr ist es anscheinend interessiert an Schlagersängern, die gezwungen werden Würmer essen, um zuletzt als Dschungelkönig geehrt zu werden.

Wir sehen, dass das Volk hüben wie drüben kein Interesse an dampfplaudern den Schwiegersöhnchen hat, wohl aber an einem weisen Herrscher, der mit königlicher Erhabenheit über dem bürgerlichen Gezänk stehen kann. Warum also nicht Lanz in den Dschungel schicken und mit einer Petition nach einem echten König verlangen?

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Skandal-Aufarbeitung jetzt auch formal

Ganze zwei Jahre hat es gedauert, doch jetzt hat der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) eine neue Satzung beschlossen. Die alte Fassung stammte noch aus dem Skandal-AStA um Jan Bauer und Borislav Schön. Seit Mitte 2011 wird gegen die ehemaligen Studierendenvertreter sogar wegen Veruntreuung ermittelt. Für die jetzigen Parlamentarier*innen bedeutete das vor allem eins: Aufräumen.

Die Satzung ist die Rechtsnorm, die sich die Studentische Selbstverwaltung rund um AStA, Studierendenparlament und Fachschaften gibt. In ihr werden Abläufe und Vorschriften für die politische Arbeit geregelt. Das Studierendenparlament legt darin auch Projekte fest. Und schon hier gibt es den ersten Knackpunkt für die jetzigen Studierendenvertreter*innen. Der ehemalige Skandal-AStA hatte nämlich ein Autonomes Sportreferat eingeführt, das auch umstrittene Radtouren auf Mallorca anbot.

So hatte das Autonome Sportreferat damals von jedem Studierenden den sogenannten Sport-Euro bekommen. Den konnte der Autonome Sportreferent verwenden, um zum Beispiel für viele Studierende Kurse beim Hochschulsport günstiger zu machen. Zeitgleich finanzierte er aber auch Radsportreisen nach Mallorca für einige wenige Studierende mit Zehntausenden von Euro. Brisant hierbei: der Referent, selbst passionierter Radler, fuhr selbst gleich mit. (aktuell berichtete) Als der Skandal-AStA dann gestürzt war, bot der neue Sportreferent Christopher Dieter diese Reisen nicht mehr an, denn sie hätten zu hohen Urlaubscharakter gehabt, um von der Allgemeinheit finanziert zu werden, so seine Kritik.

Mit alle Mann an Ballermann?

Durch die neue Satzung ist ein solcher Machtmissbrauch nun nicht mehr möglich. „Nach den Erfahrungen mit dem früheren Skandal-AStA wurde das Autonome Referat für Hochschulsport abgeschafft. Sportangelegenheiten fallen jetzt in den Bereich des Kern-AStAs“, so Marcus Lamprecht, Sprecher des Satzungsausschusses. Damit unterliegen alle Ausgaben im Sportbe-



Die alte Satzung – und damit auch die Skandale – sind Schnee von gestern. (Foto: daveshine/ flickr.com, CC BY-NC-ND 2.0)

reich den gleichen Kontrollen wie alle anderen Ausgaben des AStAs auch. „Der illegitimen Subventionierung des Hochschulsports, also Radreisen nach Mallorca und diverse andere Aktivitäten, die vom AStA mitfinanziert wurden, wurde damit ein Riegel vorgeschoben“, so Lamprecht.

Veruntreuungs-Vorwürfe: Es wird weiter ermittelt

Der Weg zur Skandal-Aufarbeitung war jedoch lang. Schon Anfang 2012 wurde der rechtskonservative AStA von neuen Studierendenvertreter*innen abgelöst. Rund zwei Jahre hat es jetzt gedauert, die Fehlritte auch in der Satzung zu bereinigen. „Für so eine Satzungsänderung braucht man eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die musste erst gefunden werden“, so Marcus Lamprecht. Die Grüne Hochschulgruppe, die Linke Liste SDS und die Juso-Hochschulgruppe haben die Änderung jetzt gemeinsam beschlossen.

Währenddessen ermittelt noch immer die Essener Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen AStA-Vorsitzenden Jan Bauer und den ehemaligen Finanzreferenten Borislav Schön wegen des Verdachts auf Veruntreuung. (aktuell berichtete) Mitte 2011 hatten Unbekannte unter dem Pseudonym „Sumpfgest“ ehemaligen Referent*innen des AStAs Veruntreuung in Höhe von mehreren Zehntausenden Euro vorgeworfen. Die Akten, die dafür von der Staatsanwaltschaft im Mai

vergangenen Jahres im AStA und den Privatwohnungen der Beschuldigten beschlagnahmt wurden, werden immer noch untersucht.

In der Satzung wurden nicht nur alte Projekte gestrichen, es wurden auch neue hinzugefügt. „Ganz wichtig ist, dass wir die aktuell jetzt auch in der Satzung haben“, so Lamprecht. „Damit haben wir jetzt eine Studierendenzeitung, die nicht einfach wie es dem Studierendenparlament passt, abgeschafft werden kann“, so der Sprecher weiter. Die erste Studierendenzeitung der Universität Duisburg-Essen ist damit beschlossen.

VRR: Es bleibt spannend

Im Hinblick auf den VRR, der Mitte vergangenen Jahres die Ticketpreise schrittweise um bis zu 43 Prozent erhöhen wollte (aktuell berichtete), hat die Satzung keine Änderung beschlossen. Sollten die Preise über 10 Prozent erhöht werden, muss der Wahlausschuss des Studierendenparlament eine Urabstimmung durchführen. Sollten dabei die Hälfte aller Teilnehmenden und gleichzeitig 30 Prozent der Studierenden gegen das Ticket stimmen, wäre es abgeschafft. Studierende hatten im vergangenen Semester durch große Proteste die Erhöhung erfolgreich auf nur 3,3 Prozent gedrückt. „Der VRR hat aber angedroht bald mal wieder mit uns reden zu wollen“, so Lamprecht, der damals erfolgreich gegen die Erhöhung mobilisiert hatte.

[mac]

Eine Frage des Rezepts

Die Pille danach gilt eigentlich als gut verträgliches Medikament und kann im Notfall mal eben zur Retterin der bisherigen Lebensplanung werden. Wäre da nicht der notwendige Gang zum Gynäkologen, der für viele durchaus eine große Hürde darstellt. Frauen könnte es mit der Abschaffung der Rezeptpflicht jetzt einfacher gemacht werden, einer ungewollten Schwangerschaft entgegen zu wirken. Konservative Politiker*innen stellen diesem Vorhaben aufgrund vermeintlich gesundheitlicher Bedenken allerdings Steine in den Weg.

Die Debatte um die Rezeptpflicht der Pille danach ist keine neue, flammt aber immer mal wieder neu auf. Derzeit berät der Bundestag über die Freigabe des Präparats. Während das Gesundheitsministerium die Vorschläge prüft, warnt die Bundesärztekammer davor, die Rezeptpflicht frühzeitig abzuschaffen. Arztpräsident Ulrich Montgomery warnt im Spiegel-Interview: Die Einnahme der Pille danach sei ein gravierender Eingriff in den Hormonhaushalt und bedürfe deshalb dringender kompetenter Beratung. Apotheker*innen können das seiner Meinung nach nicht gewährleisten.

Andere Expert*innen dagegen und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) raten zur Freigabe. Bereits in 79 Ländern gibt es die Pille danach ohne Rezept und das habe überwiegend positive Auswirkungen nach sich gezogen, so die WHO. So sei in den betreffenden Ländern die Zahl der Abtreibungen deutlich zurück gegangen. Deutschland dagegen gehört mit Polen und Italien zu den einzigen Ländern in Europa, in denen Frauen noch immer dazu gezwungen sind, sich einem ärztlichen Beratungsgespräch zu unterziehen um die Notfallpille zu erhalten.

Dabei hat sich der Ausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte bereits 2003 dafür ausgesprochen, die Rezeptpflicht aufzuheben. Diesem 22-köpfigen Expert*innen



Kein Ersatz für Kondom und Anti-Baby Pille: Die Pille danach bleibt, ob mit oder ohne Rezept, ein Notfall-Verhütungsmittel. (Foto: ttm)

-Ausschuss gehören unter anderem Hochschullehrer*innen, Fachärzt*innen sowie Vertreter*innen der Apothekerschaft und Arzneimittelkommissionen an. Sie vertreten die Position, dass es keine medizinischen Argumente gebe, die eine Rezeptpflicht begründen könnten.

Mehr öffentliche Aufschreie braucht das Land

Erneut ausgelöst wurde die Debatte Anfang des vergangenen Jahres, als zwei Katholische Kliniken in Köln einer jungen Frau nach einer Vergewaltigung die Behandlung verweigerten. Auch die Pille danach blieb ihr somit verwehrt. Ein öffentlicher Aufschrei war die Folge. Erst hierauf reagierte die Katholische Kirche mit der Erlaubnis, vergewaltigten Frauen das Präparat zu verschreiben. SPD, Grüne und Linkspartei forderten daraufhin, die Rezeptpflicht für die Pille danach abzuschaffen – vergeblich. Im Herbst kam diese Forderung schließlich auch vom Bundesrat. Jetzt stellt sich erneut die Frage, ob das Gesundheitsministerium den Forderungen nachkommen wird oder seinen konservativen Kurs beibehält.

Befürworter*innen der Rezeptpflicht wie der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn und

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) hoffen auf Letzteres. Die Nebenwirkungen des Präparats, die von Kopfschmerzen und Schwindel bis zu Übelkeit und Erbrechen führen können, beinhaltet außerdem ein gewisses Thrombose-Risiko, welches Spahn offenbar besonders zu schaffen macht. So ist dieses in Interviews wie in seinem Blog sein einziges medizinisches Argument. Dass sich diese Nebenwirkung auch mit einem Beratungsgespräch beim Arzt nicht ändert, ist ihm entweder nicht klar oder er traut Frauen das Lesen eines Beipackzettels nicht zu.

Spahn hatte erst kürzlich auf sich aufmerksam gemacht: Nachdem der Ausschuss für Gesundheit erneut empfohlen hatte, die Rezeptpflicht für die Pille danach beizubehalten, befürwortete der CDU-Politiker dies auf Twitter: „Man muss es wohl immer wieder sagen: Das sind keine Smarties.“ Die Folge: Ein Shitstorm und die neu aufflammende Debatte um besserwisserische Männer und verantwortungslose Frauen.

Verhütung ist Frauensache

So ist es in sozialen Netzwerken eines der Hauptargumente gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht, dass die, die meinen sich erst im Nachhinein um Verhütung

kümmern zu müssen, auch ruhig zum Arzt laufen können. Wie auch immer: der männliche Teil ist schon mal fein raus. Das Vergnügen des nur ganz selten verurteilenden Beratungsgesprächs liegt schließlich ganz auf Seiten der Frau. Zumahl Verhütung ja auch eher Frauensache ist. Das zeigt sich schon angesichts der Zahl der Verhütungsmittel, die am Körper der Frau ansetzen. Einziger Lichtblick könnte hier die Forschung an der Pille für den Mann sein. Fragt sich nur, wie viele Männer sich freiwillig Tag für Tag einer solchen Hormonbehandlung aussetzen würden. Für Frauen ist die tägliche Smarties-Dosis dagegen ganz selbstverständlich.

Bei der Pille danach handelt es sich allerdings immer noch um ein Notfall-Verhütungsmittel. Es gibt zudem keine Studien darüber, ob sich in Ländern, in denen die Pille danach rezeptfrei erhältlich ist, das Verhütungsverhalten verändert hat oder gar nachlässiger geworden ist.

Auch die Kostenfrage ist bisher nicht geklärt: Für Frauen bis zum 20. Lebensjahr übernehmen aktuell noch die Krankenkassen die Kosten für die Pille danach. Diese können bei bis zu 35 Euro liegen. Ob das auch noch der Fall bliebe, wenn das Medikament rezeptfrei erwerblich ist, ist fraglich. [ttm]

Deutsche Flüchtlingspolitik: „Kein Ort, nirgends“

Marvin ist 20 Jahre alt und lebt in Mülheim, der Stadt, in der er geboren ist. Er geht hier zur Schule, ist gerade dabei, seinen Schulabschluss nachzumachen, und kümmert sich um seine psychisch erkrankten Eltern. Kein einfaches Leben, aber es könnte ganz in Ordnung sein. Ist es aber nicht. Denn wenn es nach den deutschen Behörden geht, soll er dieses Land möglichst bald verlassen. Eine verstörende Geschichte über rassistische Gewalt und Übergriffe, über einen Brandanschlag, aber auch über die Folgen einer rücksichtslosen deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik.

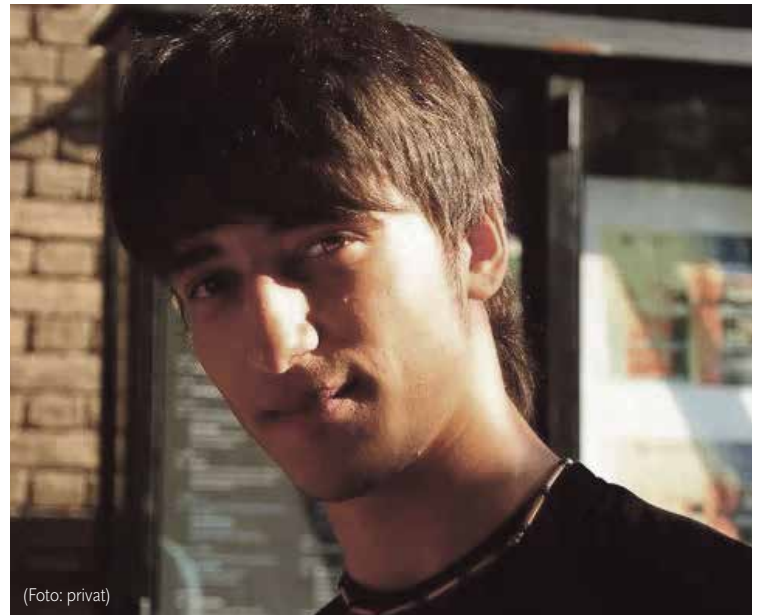
Marvins Eltern sind Roma, also Angehörige der größten Minderheit in Serbien. Bereits Ende der 1980er Jahre flohen sie aus dem damaligen Jugoslawien nach Deutschland, denn für viele Roma war die Lebenssituation dort unerträglich geworden. In Deutschland wollten Marvins Eltern ein neues Leben aufbauen, ohne sich ständig bedroht fühlen zu müssen. Doch dazu kam es nicht. Nach zwei Jahren wurden sie ausgewiesen – zurück nach Jugoslawien, in den zerfallenden Vielvölkerstaat, in dem nationalistische Tendenzen rapide zunahm. Marvins Eltern hielten es einige Jahre aus, doch während des Kroatienkriegs flohen sie zurück nach Deutschland – vor den Auswirkungen des Kriegs, aber auch, weil parallel mit dem Aufstieg des Nationalisten Slobodan Milosevic auch die Ausgrenzung der Roma einen neuen Höhepunkt erreichte. Bei den ethnisch motivierten Vertreibungen während der Jugoslawienkriege gehörten Roma zu den ersten Opfern – auf allen Seiten der Konflikte.

1994 kam Marvin in Mülheim zur Welt. Dass seine Eltern mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland lebten, spielte für ihn viele Jahre lang eine untergeordnete Rolle. Bis zu jenem Tag im Jahr 2002, als der Postbote einen gelben Brief vorbei brachte: Es handelte sich um die Ausweisung nach Ser-

bien, in ein Land, das Marvin bisher überhaupt nicht kannte.

Auf einmal war nichts mehr so wie vorher. „Meine Mutter hat seit ihrer Kindheit große Angst vor Polizisten“, sagt Marvin. „Als uns der Postbote den Brief gebracht hat, hat sie rot gesehen. Sie hatte panische Angst vor der Abschiebung, davor, dass die mitten in der Nacht kommen, anklopfen, sagen, dass wir nur 15 Minuten haben, bevor sie uns mitnehmen. So unter Druck gesetzt haben meine Eltern letztlich eine Erklärung unterschrieben, dass sie ‚freiwillig‘ zurück gehen.“

Für den Neunjährigen waren die Vorgänge damals nicht zu begreifen. „Ich war ein Kind. Ich dachte, das ist so was wie ein Urlaub“, erinnert sich Marvin. Auf das, was Marvin dann in Serbien erwartete, konnte er nicht vorbereitet sein. Die Familie kommt zunächst bei Marvins Großmutter unter, die in der südostserbischen Kleinstadt Surdulica selbst in großer Armut lebt. Die Eltern versuchen vergeblich eine Arbeit zu finden. „Verwandte aus Deutschland haben uns finanziell unterstützt, nur so konnten wir überhaupt überleben“, sagt Marvin. Er selbst hatte noch ganz andere Sorgen: „Ich konnte kein Wort serbisch oder romani, nur deutsch.“ Als Marvin anfang, in Serbien zur Schule zu gehen, merkte er schnell, was es bedeutet,



(Foto: privat)

„Von Deutschland bekommst du keinen Respekt, von Serbien bekommst du keinen Respekt – du wirst einfach nicht anerkannt. Das ist das Gefühl, dass du kein Ort nirgends hast.“

ausgegrenzt und gemobbt zu werden. „Alle sehen dich an wie einen Außerirdischen“, erinnert sich Marvin. „Und das Schlimmste war: Sie haben mich nicht nur als Roma-Kind gesehen, sondern auch noch als Deutschen. ‚Du scheiß Deutscher, wir wollen dich hier nicht haben‘, das war der Satz, den ich jeden Morgen in der Schule gehört habe.“ Um den Anfeindungen zu entgehen, zieht die Familie nach Vranjska Banja um. Leider ohne Erfolg: „Dort waren die Menschen noch rassistischer. Jetzt wurde ich nicht mehr

als Deutscher gemobbt, sondern als Roma verfolgt.“ Praktisch jeden Tag traktierten Marvins Mitschüler ihn mit romafeindlichen Beschimpfungen, regelmäßig verprügelten sie ihn.

Neben den andauernden Übergriffen hatte das Leben für Marvin noch eine zweite ernste Seite: „Zwar war ich ein Kind, aber ich musste anfangen wie ein Erwachsener zu denken. Ich musste irgendwie meine Familie versorgen, denn meinen Eltern war es unmöglich, eine Arbeit zu finden.“ Und so ergriff

TIPPS & TERMINE

Die Verwandlung am 29.01.



(Foto: MEDIODESCOCIDO/flickr.com, CC BY 2.0)

MITTWOCH, 29.01.

Die Verwandlung

Die Studio-Bühne Essen spielt am Mittwoch und Donnerstag die Theateradaption von Kafkas Erzählung, in der Gregor Samsa sich in ein großes Ungeziefer verwandelt. Regie in dem Stück über Veränderung, Menschlichkeit und Familienbeziehungen führt Thorsten Simon.

► Ab 20 Uhr, Korumhöhe 11, 45307 Essen, Eintritt 10 Euro

DONNERSTAG, 30.01.

Plastic Planet

Plastik ist überall: In den Weltmeeren findet man inzwischen sechsmal mehr Plastik als Plankton und selbst in unserem Blut ist Plastik nachweisbar. Der Film diskutiert die Gefahren, die von dem Kunststoff ausgehen.

► Ab 18 Uhr, Die Brücke, Universitätsstr. 19.

FREITAG, 31.01.

Gesucht & Gefunden

Heimspiel für Benny Martell, bekannt aus „The Voice of Germany“: Die Pop-Band gibt ein Benefizkonzert zugunsten des Malteser-Krankenhauses St. Anna.

► Ab 20 Uhr, Steinhof Duisburg, Düsseldorfer Landstraße 347

Marvin bereits mit zwölf Jahren die einzige Erwerbsmöglichkeit, die ihm als Rom offen stand: Er wurde Straßenmusiker. „Ich habe mir eine kleine Plastiktrompete gekauft und jeden Tag stundenlang geübt. Ich habe damit auf der Straße gespielt, bis ich mir eine normale Trompete leisten konnte.“ Auch auf der Straße ging es nicht ohne rassistische Beschimpfungen und Gewalt zu. Aber immerhin kam etwas Geld rein.

Nach Jahren als Straßenmusiker hatte Marvin Glück. Zwar musste er inzwischen die Schule verlassen, der Zugang zu höherer Bildung blieb ihm wie vielen Roma-Jugendlichen in Serbien versperrt. Und trotzdem: Serge Denoncourt, ein bekannter Theaterregisseur aus Kanada, traf rein zufällig auf Marvin. Denoncourt hörte, wie Marvin zusammen mit seinen Freunden auf der Straße spielte, und organisierte mit den Jugendlichen ein erfolgreiches Konzert in Nis, der drittgrößten Stadt in Serbien. Anschließend ging es nach Belgrad. Weitere Auftritte in Paris, London, und sogar in Kanada und den USA folgen: Marvin verließ seine Eltern, um auf den Konzertbühnen dieser Welt Geld zu verdienen, auch für seine Eltern. „Aber damals waren sie ja auch noch nicht krank“, sagt Marvin.

Nach einem Jahr nahm seine Karriere als Nachwuchsmusiker ein jähes Ende. Marvin war gerade in Montreal in Kanada, als seine Mutter weinend anrief. Nach mehreren Nachfragen gibt sie zu, was los ist: Marvins Vater will sich das Leben nehmen. Marvin überlegt nicht lange, sondern nimmt den nächstmöglichen Flug zurück nach Serbien. Dort angekommen erfährt er, dass



„Ich verstehe nicht, wieso sie mich hier nicht wollen. Ich verstehe das einfach nicht.“

sein Vater seit Monaten unter Depressionen leidet und schwere Medikamente nimmt – die ausweglose Situation keine Arbeit zu finden und die ständigen Diskriminierungen haben ihn krank gemacht. Marvin entscheidet sich, in Serbien zu bleiben und sich um seine Eltern zu kümmern.

Welches Ausmaß die Diskriminierungen in der Zwischenzeit angenommen haben, muss Marvin am eigenen Leib erfahren. Mehrfach wird das Haus der Familie mit roma-feindlichen Drohungen beschmiert. Doch es kommt noch schlimmer. „Eines Tages sind wir zurück nach Hause gekommen, und haben schon von weitem gesehen: Unser

Haus brennt.“ In das Gebäude sei eingebrochen worden, und anschließend sei es mit Molotow-Cocktails in Brand gesteckt worden, erklärt die Polizei. Weitere Hilfen für die Opfer des Brandanschlags, etwa eine Ersatzunterkunft, gibt es nicht. Wohnungslos geworden und traumatisiert taten Marvin und seine Eltern das einzige, was ihnen noch einfiel: Sie flohen erneut aus dem Land, in dem sie so stark verfolgt wurden – wieder zurück nach Deutschland, in das Land, das sie zwar auch nicht haben will, in dem Marvin aber geboren wurde und wo er sich zuhause fühlt, und wo immerhin Verwandte leben, bei denen sie zunächst unterkommen können.

Inzwischen leidet auch Marvins Mutter unter einer schweren Depression. Trotzdem soll die Familie unverzüglich ausgewiesen werden. Der Mülheimer Flüchtlingsrat kann intervenieren: Die Familie darf vorerst bleiben, wird gemeinsam mit einer anderen Familie einquartiert – zu sechst in einer Zweizimmer-Wohnung. Wie schon in Serbien dürfen Marvin und seine Eltern auch in Deutschland nicht arbeiten. Stattdessen müssen sie zunächst von gekürzten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben: 70 Euro pro Person und Monat in Lebensmittelgutscheinen, und 40 Euro Taschengeld in bar. Immerhin erhalten Marvins Eltern eine psychologische Behandlung, Marvin geht seit November 2012 wieder zur Schule.

Im Sommer steht sein Schulabschluss an, danach würde Marvin gerne eine Ausbildung machen – wofür er aber erst einmal eine Arbeitserlaubnis bräuchte. Tatsächlich steht sogar in den Sternen, ob Marvin nicht bereits vor seinem Schulabschluss ausgewiesen wird: Die Ausländerbehörde droht ihm damit, verlängert seine Duldung nur noch monatsweise, manchmal sogar nur für wenige Tage. Marvins aktuelles Angstdatum: Montag, der 3. März – in genau 33 Tagen. Marvin hat nicht nur Angst davor, dass er erneut seine Schulausbildung abbrechen muss, wie schon in Serbien. Er fürchtet sich nicht nur vor der Verfolgung und Perspektivlosigkeit, die dort auf ihn warten. Vor allem treibt ihn um, was mit seinen Eltern passiert, wenn sie ihre engste Bezugsperson verlieren, selbst wenn sie wegen ihrer Krankheit erst einmal in Deutschland bleiben dürften. [rvr]

FREITAG, 31.01.

Ladies Night meets In Gothic we trust

Musik von DJ Guilty und eine Special Party: In Gothic We Trust mit DJ Malariaes, Frauen erhalten bis 23 Uhr freien Eintritt.

► Ab 22 Uhr, Altes Kino Bottrop, Hochstrasse 16., Eintritt 3 Euro

SAMSTAG, 01.02.

Festival X

Von Lesungen bis situativem Tanz, von Jazz bis Punk, von DJ bis Theater: 60 Künstler*innen unterstützen das Festival, mit dem das Netzwerk X Geld für die Prozesskosten der Bärendele-Besetzer*innen sammelt.

► Ab 12 Uhr, Druckluft Oberhausen, Eintritt 7 Euro

SAMSTAG, 01.02.

Rock is dead?

Samstag rockt der Untergrund zu Indie, Rock, Gitarre und Artverwandtem. Als Getränkespecial gibts die ganze Nacht 2 FÜR 1 auf alle Drinks.

► Ab 23 Uhr, Untergrund Bochum, Kortumstr. 101

MONTAG, 03.02

SUPER BOWL

Früher nur was für echte American Football Fans, mittlerweile beliebt für lustige Rudelguck-Runden. Der 48. Super Bowl wird im auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Frohes Wachbleiben!

► Ab 0.05-4.15 Uhr, auf Sat. 1

Rassistische Hetze: Neonazis provozieren vor Bochumer Flüchtlingsunterkunft

Wie durch die Grüne Ratsfraktion der Stadt Bochum bekannt wurde, plant die Nazi-Kameradschaft Volkssturm Deutschland am 1. Februar eine Kundgebung vor einem Bochumer Flüchtlingswohnheim an der Wohlfahrtstraße. Das Bündnis Bochum gegen Rechts (BgR) traf sich bereits zur Planung einer Gegenkundgebung. Es lädt alle Menschen Bochums und des Ruhrgebiets dazu ein, sich am 1. Februar an der „Willkommenskundgebung“ zu beteiligen. Unter dem Motto „Wehet den Anfängen“ soll den 267 Personen im Wohnheim gezeigt werden, dass sie in Bochum und Deutschland willkommen sind und dass in der Stadt kein Platz für Rechtspopulist*innen und Neofaschist*innen ist.

Erneut wird vor einem Bochumer Flüchtlingsheimen demonstriert, eine Welle, die seit 2009 nicht abreißt. Egal ob pro NRW, NPD oder Kameradschaften, sie alle haben in den vergangenen Jahren immer wieder gegen Bochumer Flüchtlingsunterkünfte gehetzt. Dieses Mal ist es die ‚Kameradschaft Volkssturm Deutschland‘, die die Kundgebung angemeldet hat. Sie tritt damit erstmals als Veranstalter einer neofaschistischen Kundgebung auf.

Ihre Anhänger*innen setzen sich hauptsächlich aus NPD und Jungen Nationaldemokraten (JN) aus Gelsenkirchen, Bochum, Essen und dem restlichen Ruhrgebiet zusammen. Unter anderem bekennt sich Dennis Bruglemans, JN Mitglied aus Gelsenkirchen, offen zur Kameradschaft Volkssturm Deutschland. Außerdem werden André Zimmer, NPD-Mitglied aus Bochum, sowie zwei weiteren NPD-Parteiangehörigen aus Essen, eine Nähe zum Volkssturm nachgesagt. Das BgR rechnet mit mindestens 15 Neofaschist*innen, wohingegen einzelne Mitglieder im Bündnis ein deutlich größeres Aufgebot der Kameradschaft schätzen.

Kameradschaften

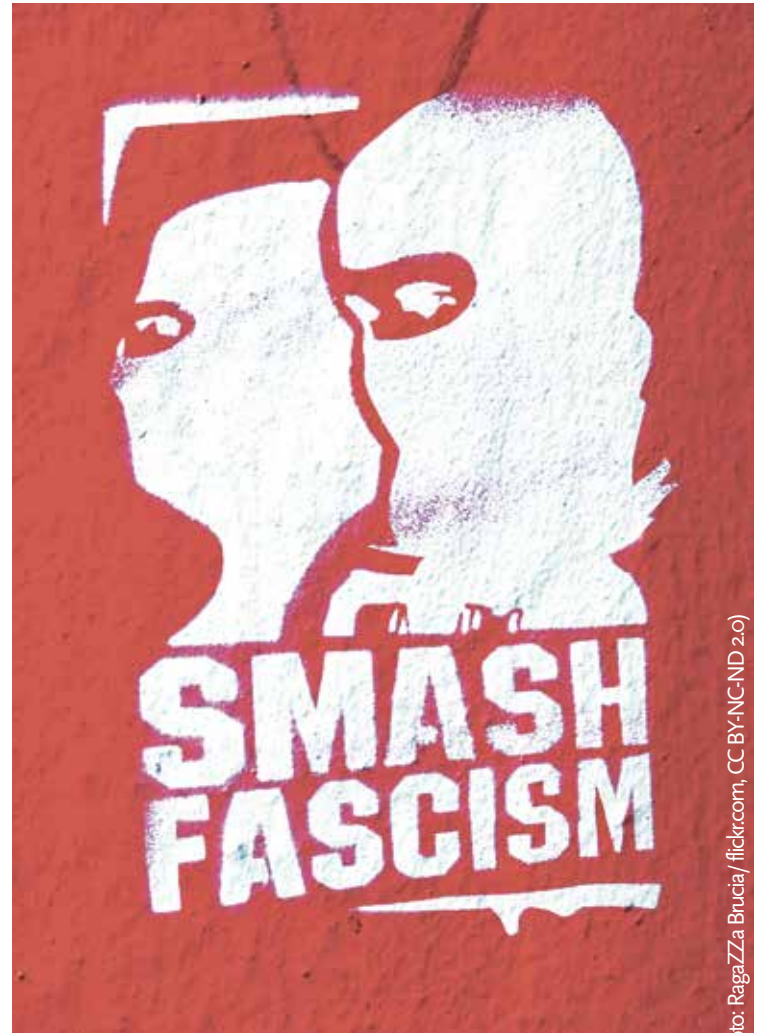
Kameradschaften sind lose organisierte Neonazi-Gruppen. Da sie keine Vereine sind, ist ihre genaue Mitgliederzahl und Verbreitung nur schwer zu ermitteln. Der Großteil der Kameradschaften sieht sich als Teil des „nationalen Widerstandes“ an, einer Einheitsfront aus

verschiedenen rechten Gruppierungen. Nach Schätzungen des Verfassungsschutzes gibt es in Deutschland rund 150 Kameradschaften, alleine in Sachsen sind mehr als 1.800 Neonazis in Kameradschaften organisiert. Die Kameradschaft Volkssturm Deutschland (VSD) operiert vor allem im Ruhrgebiet.

Volkssturm verbieten?

Bisher ist der VSD häufiger durch Drohungen und Hetze gegen Linke und Migrant*innen aufgefallen, aber auch durch das Anbringen von VSD Stickern in der Nähe von Hakenkreuz-Schmiereereien in Gelsenkirchen. Benannt hat sich die Kameradschaft nach einer Militärformation aus den letzten zwei Jahren des dritten Reiches, welche aus „Wehrpflichtigen“ bestand und die Aufgabe hatte Nazideutschland vor vorrückenden Truppen zu verteidigen. Hier stellt sich die Frage, ob eine Organisation, die sich nach einer militärischen Einheit des dritten Reiches benennt, nicht per se verboten gehört.

Nach Polizeiangaben ist der Anmelder der Demonstration, Markus Schumacher, ein über die Stadtgrenzen hinaus bekannter Neonazi. Schuhmacher wurde 2009 durch Antifaschist*innen als NPD-Kader geoutet. Im März 2012 wurde das NPD-Mitglied vom Amtsgericht Bochum wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu drei Jahren Bewährung sowie 100 Sozialstunden verurteilt. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, auf der Bochumer NPD-Seite die Abschaffung des



Asylrechts sowie den Ausschluss „bestimmter“ Menschengruppen vom Sozialsystem zu fordern und damit auch weiter zu hetzen.

Zentrales Thema des letzten Treffens des Bündnisses gegen Rechts waren auch mögliche Aktionen gegen Kundgebungen und Demonstrationen von NPD, Pro NRW und AfD während des Kommunal- und Europawahlkampfes. Daneben stand vor allem der 1. Februar im Fokus: Bisher ist eine Gegenkundgebung an der Flüchtlingsunterkunft geplant, um möglichst viele Menschen zwischen die Neofaschist*innen und die Wohnheimbewohner*innen zu stellen. Gleichzeitig sollen in der gesamten Nachbarschaft Informationsblätter verteilt werden, um die Anwohner*innen über

die Kameradschaft zu informieren.

Das BgR zeigt in seinem Flyer zur Gegenkundgebung Neofaschist*innen und Rechtspopulist*innen die Rote Karte. Das Bündnis findet, „dass Menschenrechte nicht unter ökonomischen Wertbarkeitskriterien zu sehen sind.“ Daher werde es nicht nur gegen hetzende Nazis protestieren, sondern sich auch „mit den Argumentationsmustern der Parteien in den kommenden Wahlkämpfen beschäftigen.“ Man werde am Samstag lautstark gegen den Volkssturm protestieren. Als mahnendes Beispiel dient den Aktivist*innen das Naziproblem in Dortmund, denn dort wurde es von der „Bevölkerung, Polizei und Politik lange ignoriert und klein geredet.“ [DanKe]

„Poetry Slam“ ist auch nur ein Anagramm von „Ampel Story“

Der Stern titelt „Dieses Video könnte ihr Leben ändern“. Auf Facebook teilen es tausende von Menschen und auch fern der sozialen Netzwerke wurde es auf zahlreichen Internetseiten angepriesen. Julia Engelmann, 21-jährige Psychologie Studentin der Universität Bremen und ehemalige Seriendarstellerin, löst mit ihrem Beitrag beim 5. Bielefelder Hörsaal-Slam eine Art Flash-Mob im Internet aus. Plötzlich möchte die große graue Masse gelangweilter Internetabhängiger ihr Leben in die Hand nehmen. So richtig was erleben. Zu mindestens prophezeien das Viele in ihrem Online-Status.

Zwei Jahre lang war sie im Vorabendprogramm von RTL in „Alles was zählt“ zu sehen, jetzt ist Julia Engelmann als die bekannt, die so poetisch sagte: „Mut ist nur ein Anagramm von Glück“. Das Video, das Campus TV Bielefeld auf YouTube bereits am 1. Juli 2013 hochgeladen hatte, wurde diesen Januar schlagartig berühmt. Mit über vier Millionen Aufrufen und über 4.600 Kommentaren hat es eine große Resonanz erhalten. In vielen Zeitungen wird das Video und der entstandene Hype diskutiert – und dadurch noch vergrößert.

Lob und Tadel

In ihrem Beitrag bezieht sich Julia Engelmann auf das Lied „One Day“ von Assaf Avidan und beschreibt dadurch, wie oft sich Menschen etwas vornehmen, aber es nicht realisieren. Sie plädiert dafür mehr aus dem eigenem Leben zu machen. „Lass mal an uns selber glauben“ und „Jetzt sind wir jung und das sollen auch alle wissen“ sind Sätze, die viele Leute ansprachen. Eigentlich sagt sie nichts Neues. Doch die Art und Weise wie sie Jugendsprache, beliebte Chartlieder mit lebensbejahenden Weisheiten mischt, schlägt im Internet ein. Doch wie jeder Hype, erhält auch dieser Gegenwind. So viel Lob es gab, so viel Kritik hagelt es jetzt. 1 Live greift dieses Phänomen auf und erklärt den ablaufenden Hype-Prozess: Julia Engelmann nörgelt über die Art und Weise wie viele Menschen leben und erreicht damit großen Zuspruch. Anschließend werden Stimmen von



Wer braucht Bücher, wenn es Weisheiten bequem bei YouTube gibt? (Foto: Gerne)

Nörgler*innen laut, denen das nörgeln der Nörglerin nicht passt, die ihre Sätze platt und den Hype um sie lächerlich finden. Und da aller guten Dinge drei sind gibt es noch eine weitere Phase, in der die Fans der Nörglerin, an den Nörgler*innen der Nörglerin rumnörgeln. Zufrieden sind wir ja schließlich nie.

Jana studiert Germanistik in Essen und besucht regelmäßig die Poetry-Slam Veranstaltungen der Heldenbar im Grillo-Theater. Sie versteht den Hype um Julia Engelmanns Auftritt nicht: „Ich hab mir alle Beiträge angesehen und muss sagen, dass es sehr viel bessere Slammer gab, daher ist sie auch nicht ins Finale gekommen.“ Eva, Studentin an der Uni Bielefeld und Zuschauerin des 5. Hörsaal-Slam, findet eine andere Erklärung: „Die meisten Leute bewerten die lustigen Beiträge gut und haben die Botschaft von Julia zu dem Zeitpunkt vermutlich gar nicht verstanden“. Eva R. findet es jedoch bemerkenswert, dass der Beitrag im Januar überraschend berühmt wurde: „Also damals im Hörsaal gab es längst nicht so einen Hype.“ Jana N. vermutet, dass hinter dem plötzlichen Erfolg eine PR-Aktion steckt: „Es ist schon verwunderlich, dass ein Auftritt, der im Mai letzten Jahres war, plötzlich so große Wellen schlägt. Und dann ausgerechnet der

von dem Soap-Sternchen. Aber Facebook macht's möglich“.

Sind Gedichte wieder cool?

Eine Sache hat Julia Engelmann wohl deutlich gemacht: Es interessieren sich scheinbar schlagartig Millionen Menschen in Deutschland für Lyrik. Denn Poetry-Slam ist ein literarischer Wettstreit mit selbstgeschriebenen Texten. Von wegen Gedichteschreiber sind „out“ oder „Freaks“. Julia passt perfekt in das Bild der Öffentlichkeit, denn sie hat „alles was zählt“. Gut, Sätze wie „ich hänge planlos vorm Smartphone“ kommen bei Heine nicht vor, aber Julia schreibt schließlich über die Realität von Student*innen. Kommentare unter dem YouTube Video ihres Beitrages wie „Das Gedicht lässt sich in einem Wort beschreiben: YOLO“ geben allerdings Anlass zum Zweifel daran, ob die vielen Julia-Fans wirklich echtes Interesse an Lyrik entwickelt haben. Immerhin, die Gedichtform wurde schon mal erkannt.

Ich für meinen Teil habe jetzt aufgrund der neuen Anregung, mein Leben richtig zu leben, so viele Dinge zu tun. Zunächst werde ich mir wohl meine Ausgabe von „Buddenbrooks“ schnappen und lesen „bis die Wolken wieder lila sind“. Danke Julia, für diesen genialen Tipp. [Gerne – übrigens ein Anagramm zu Regen]

KURZMELDUNGEN

Promotionsstipendien sind Einkommen

Das Bundessozialgericht hat die umstrittene Praxis der Krankenkassen bestätigt, dass Doktorand*innen für ihre Stipendien Versicherungsbeiträge zahlen müssen. Viele Promovierende kritisieren seit Jahren die Regelung, da sie zumeist als „freiwillig gesetzlich versichert“ gelten und daher sowieso schon deutlich höhere Beiträge zahlen müssen als Studierende. Noch nicht höchstrichterlich entschieden ist, ob die Krankenkassen auch die sogenannte „Forschungskostenpauschale“ mit bei der Berechnung des Beitrags mit einbeziehen dürfen. In dem Verfahren, in dem das Bundessozialgericht jetzt entschieden hat, hat die Krankenkasse freiwillig darauf verzichtet, die 100 Euro der Pauschale mit einzurechnen.

Online Petition gegen Online Petition

Nachdem ZDF-Moderator Markus Lanz in seiner Talkshow gegenüber der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht über die Stränge geschlagen ist, formierte sich im Internet eine Online-Petition mit dem Titel „Raus mit Markus Lanz aus meinem Rundfunkbeitrag“. Die Petition wurde bereits von mehr als 220.000 Befürworter*innen unterzeichnet. Dagegen hat nun Kabarettist Dieter Nuhr ebenfalls eine Online-Petition gestartet. Dass der 53-jährige mit seiner Petition „Gegen digitales Mobbing, binäre Erregung und Onlinepetitionswahn“ wohl eher mit Ironie in den Petitions-Hype einsteigen will, als Lanz tatsächlich zu verteidigen, ist in dem Fall wahrscheinlicher. Auf Twitter erklärt Nuhr dazu: „Ich möchte erreichen, dass ich zum König des Internets erklärt werde und dann bestimmen darf, wer sich äußern darf und wer nicht. Bitte unterstützen Sie mich!“

Die Petition ist mittlerweile allerdings wegen Nichtbeachtung der Nutzungsbedingungen gesperrt worden. Eine neue Petition wurde bereits gestartet, die den Erhalt von Nuhrs Petition fordert. Der Petitionswahn hält also an.

Den Reichen eine Stimme!

Bisher hatten es Milliardär*innen und ehemalige Regierungschefs unglaublich schwer in bürgerlichen Medien Gehör zu finden, um dies zu ändern wurde vor wenigen Tagen die „World Post“ vorgestellt. Eine Onlinezeitung, die über globale Themen berichten soll und dabei vor allem die zu Wort kommen lässt, die in den Spitznetagen der Wirtschaft sitzen und saßen.

Die Onlinezeitung, wie sie sich selbst nennt, wurde von Huffington-Post-Chefredakteurin Arianna Huffington und Karstadt-Investor Nicolas Berggruen ins Leben gerufen. Die Vorstellung fand für ein solches Projekt passend auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos statt, bei dem sich die mächtigsten Vertreter*innen der globalen Wirtschaftselite, Staatsspitzen und die Vordenker*innen von Think-Thanks treffen. Ziel der Zeitung soll es sein folgende Fragen zu beantworten: „Was beschäftigt die mächtigsten Menschen dieser Welt? Wie wollen sie die größten Probleme wie Armut, Hunger und Klimawandel lösen? Und wie verschieben sich in den nächsten Jahren die Kräfteverhältnisse auf dem Globus?“ Beantworten sollen die Fragen unter anderem der ehemalige britische Premierminister Tony Blair, der Microsoft-Gründer Bill Gates oder der Google-Vorstand Eric Schmidt.

Unterstützt werden sie dabei von prominenten Journalist*innen. Bekannt sind bislang die Schreiber Juan Luis Cebrian (El Pais), Dileep Padagaonkar und noch einige mehr.



In der ersten Ausgabe wurde der Fokus vor allem auf die Vorstellung des Konzepts und Nachhaltigkeit in China, sowie ein Gespräch mit Präsident Xi gelegt. Dieser durfte das Gespräch mit den Worten eröffnen: „Wir Chinesen pflegen zu sagen, man muss zehntausend Bücher lesen und zehntausend Meilen reisen, um zur Einsicht zu gelangen.“

In der zweiten Ausgabe hatte dann die wöchentliche Rubrik „Willkommen bei Daily Life!“ Premiere. Diese wirbt damit, dass die „World Post Sie jede Woche in eine ferne Ecke der Welt entführt, durch Bilder, die die Schönheit und Tragik von Welten zeigen, die Sie vielleicht noch nie gesehen haben.“ Das ferne Land, dass in dieser Ausgabe vorgestellt wurde, war Deutschland. Wohl auch, um der deutschen Elite zu zeigen, dass auch sie ihre Interessen in der neuen Zeitung präsentieren und mit den Adjektiven schön und nachhaltig in gutem Image darstellen kann. [JJ]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydark
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Jules El-Khatib (JJ), Teresia Minjoli (ttm), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Rolf van Raden (rvr)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

		4		6	2		
8	9					4	7
		7		8			1
	2	9		5			
	7		3	4		5	
				9		4	8
5			1			7	
7	1						6 3
			6	7			8

HLP! #48: HIRN-BOOSTER ODER BLASTER, HELMI?

HELMI

LOCKE

PONY

HELMI: WUNDER? DAS HALTE ICH HIER IN MEINER HAND! LOCKE, DAS IST MEINE NEUESTE ERFINDUNG:

LOCKE: WIE SOLL ICH DAS DENN NOCH ALLES BIS ZUR KLAUSURPHASE LESEN!!! DAS SCHAFFE ICH DOCH NIE!!!

HELMI: DER HIRN-BOOSTER 3000!

LOCKE: HELMI, DAS SIEHT AUS, ALS SOLLTE ES BEIM FRISÖR DIE HAARE TROCKNEN! ABER ICH HABE WOHL KEINE WAHL...

HELMI: HAHA DAS KRIBBELT... JA ICH FÜHLE MICH WACHER UND ENERGETISCHER UND...

LOCKE: ICH GLAUBE JA NICHT AN GOTT... ABER JETZT WÄRE DIE ZEIT FÜR EIN...

HELMI: UND ICH FÜHLE MICH IRGENDWIE AUSGEBRANNT... KANNST DU EINEN KRANKENWAGEN RUFEN?

HELMI: EHM, JA SOFORT! UND DANACH SETZE ICH MICH AN EIN HAARWUCHSMITTEL. ICH GLAUBE DAS KÖNNTE UNSERE FREUNDSCHAFT NOCH RETTEN...